Bezugspreis für Sept. durch die Post bezogen 2,00 Mk. ausschl. Bestellgeld, in der Stadt Münster 2,00 Mk.
Beilagen: „Am Weg der Zeit" (für das Geistesleben der Gegenwart), „Der Erzähler" „Der Frauen Welt und Heim", „Jugendland" „Der Wanderer" (für Reise, Bäder und Verkehr), „Stamm und Scholle" (aus Leben und Geschichte der Heimat), „Technik und Erfindung", „Der Münsterländer" (für Feld, Garten und Haus).
Sonder-Ausgaben: Steinfurter Anzeiger, Warendorfer Anzeiger, Westmünsterländer Anzeiger, Borken-Bocholter Anzeiger (nur für die Bezieher der jeweiligen Kreise) wochentäglich.
Redaktion und Verlag Gallitzinstraße 13, Ecke Hamburger Straße. — **Fernsprecher** Nr. 2448 2449 und 2450.
Geschäftsstelle: Münster, Prinzipalmarkt 13/14, Fernspr. Nr. 78. — Rheine, Emsstr. 34a, Fernspr. 670.
Berliner Redaktion: Paul Fr. Hüsgen, Berlin SW 48, Berl. Hedemannstraße 5. Fernsprecher Nollendorf 883.

Münsterischer Anzeiger

und Münsterische Volkszeitung

Preis 10 Pfg. im Einzelverkauf.
Anzeigen: Das mm Höhe, 29 mm breit, kostet für Anzeigen von Auftraggebern außerhalb des Reg.-Bezirks Münster, sowie für alle amtlichen, Finanz-, Sammel-, Markenartikel- und Vergnügungsanzeigen 15 Pfg., für sonst. Anzeigen aus dem Reg.-Bez. Münster 11 Pfg., aus der Stadt Münster 8 Pfg., Familienanzeigen 8 Pfg., bei Barzahl. 7 Pfg., kleine Anzeigen des privaten Verkehrs aus Münster bei Barzahlung 6 Pfg.
Reklamen: Das mm 90 Pfg. (Spaltenbreite 90 mm). Für Erfüllung von Platzvorschriften sowie Aufnahme an bestimmten Tagen und in bestimmter Größe wird keine Gewähr, sowie für Druck- und Schönheitsfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen 4 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt.
Beilagen: Gebührenberechnung nach Gewicht.
Postscheck-Konto Köln 42 114. Erfüllungsort Münster i. W.

Morgen-Ausgabe. **Samstag, den 17. September 1927** **76. Jahrgang. Nr. 944**

Ein Jahrgedächtnis.

Ja, es handelt sich nicht nur um einen Jahrestag, der Wiederkehr, sondern auch um ein Jahrgedächtnis. Ueber jenen Jahrestag wie den meinen, und der mit einem herzhaften Forellenfrühstück begann, hat sich gewissermaßen ein Leichentuch gebreitet. Es war am 17. September 1926, als sich der deutsche und der französische Außenminister zu einer streng vertraulichen Besprechung von Genf aus in Thoiry zusammenfanden, nahe der Schweizer Grenze auf französischem Boden. An dieser geheimnisvollen Besprechung hatte außer den beiden Ministern nur noch der Pressechef der französischen Botschaft in Berlin, Professor Hesnard, als Uebersetzer teilgenommen. Die Neugierde der politischen Oeffentlichkeit wurde mit folgendem vereinbartem Kommuniqué notdürftig befriedigt:

„Der deutsche Reichsaußenminister und Briand trafen sich zum Frühstück in Thoiry. Sie hatten dort eine mehrstündige Unterhaltung, die in herzlichster Weise verlief. Im Verlauf dieser Unterhaltung prüften sie der Reihe nach alle ihre beiden Länder interessierenden Fragen und suchten gemeinsam nach den geeignetsten Mitteln, um die Lösung dieser Fragen in deutschem und in französischem Interesse und im Geiste der von ihnen unterzeichneten Vereinbarungen sicher zu stellen. Die beiden Minister brachten ihre Auffassungen über eine Gesamtlösung der Fragen in Einklang, wobei sich jeder von ihnen vorbehielt, seiner Regierung darüber Bericht zu erstatten. Wenn ihre Auffassung von ihren beiderseitigen Regierungen gebilligt werden, werden sie ihre Zusammenarbeit wieder aufnehmen, um zu den gewünschten Ergebnissen zu gelangen."

Eine wochenlange Erörterung hat sich an dieses Communiqué angeschlossen, die sowohl in Deutschland wie in Frankreich mit den schönsten Hoffnungen gespickt war. Jenseits und diesseits der französischen Grenze hat es damals nicht an fast ausgelassenen Dithyramben gefehlt, um dieses Frühstück von Thoiry zu feiern, dessen Geheimnis angeblich die dichteste Zukunftsfreundschaft zwischen Deutschland und Frankreich umschlingen sollte.

Nun ist ein Jahr vergangen und von Thoiry ist schon garnicht mehr die Rede. In einem halbamtlichen Communiqué, das das Wolff'sche Telegraphenbureau am 30. August verbreitete, hieß es am Schluß: „Die Reichsregierung betrachtet die Frage der Rheinlandräumung unter einem Gesichtspunkt, der irgendwelche Gegenleistungen ausschließt. Das Projekt von Thoiry steht für sie als durch die Entwicklung überholt außerhalb der Debatte." Außerhalb der Debatte, in der Tat, das Projekt ist überholt. Damals war langsam durchgesickert, daß Deutschland durch Mobilisierung der Eisenbahnobligationen der kranken französischen Währung aufhelfen sollte, wofür Frankreich das Rheinland räumen und auf die Volksabstimmung im Saargebiet verzichten sollte. Im Pariser „Matin" tauchten damals über diese platonische Vereinbarung hinaus noch viel weiter gehende Pläne auf, die sich auf ein Zusammenwirken von Deutschland und Frankreich in der interalliierten Schuldenfrage bezogen, ja, eine gemeinsame Organisation der europäischen Wirtschaft unter Führung von Deutschland und Frankreich zum Ziele andeuteten.

Bei der Begeisterung, die damals einen großen Teil der französischen Presse erfüllte, war es dem Ministerpräsidenten Poincaré schlecht möglich, offen Mißfallen oder Bedenken zu äußern. Aber schon der Bericht, den der französische Ministerrat nach dem Vortrage Briands über die Thoiry-Besprechung herausgab, goß recht kühles Wasser in den schäumenden Wein der vorzeitigen Begeisterung. Die französische Regierung „erkannte damals einmütig das Interesse dieser Unterredung an, sowie die Nützlichkeit, sie fortzusetzen. In den kommenden Kabinettssitzungen wird zu einer Prüfung der technischen Probleme geschritten werden, die sich aus diesen Verhandlungen ergeben können." Wie in Paris, so wurden auch in Berlin technische Kommissionen eingerichtet, in denen alsdann der Geist von Thoiry begraben wurde. Man muß allerdings erwähnen, daß im Verlaufe diese „technischen" Beratungen sich die Unterlagen für die Thoiry-Vereinbarungen verschoben, insofern, als es Poincaré gelang, die französische Währung langsam aber sicher der Heilung entgegenzuführen und damit auf das deutsche Entgegenkommen der Mobilisierung der Eisenbahnobligationen zu verzichten. Und je mehr die Sanierung des Franken gelang, um so weniger wurde für Frankreich die Frage der Rheinlandräumung diskussionsfähig. Es kam hinzu, daß Amerika der Gedanke der Mobilisierung der Eisenbahnobligationen absolut nicht gefallen wollte.

Thoiry ist vergessen und das schöne Einvernehmen von dem damals gesprochen wurde, hat sich in Forderungen aufgelöst, die drüben und hüben aufgestellt und für die es die gemeinsame Formel noch nicht gibt. Jetzt, da der 17. September wiedergekehrt ist, befindet sich Briand in Paris, um die Affaire Rakowski zu regeln. Thoiry ist eine etwas traurige Berühmtheit geworden.

#

Das Besoldungsgesetz vom Reichskabinett verabschiedet.

w **Berlin**, 16. Sept. **(Tel.)** Das Reichskabinett hat in seiner heutigen Beratung den Entwurf zum Besoldungsgesetz endgültig verabschiedet.

Rheinische Schüler beim Reichskanzler.

w **Berlin**, 16. Sept. **(Tel.)** Der Reichskanzler empfing heute 100 rheinische Schüler aus den verschiedensten Schulen des besetzten Gebietes, die nach einer dreiwöchigen Studienreise durch Deutschland seit einigen Tagen in Berlin weilen. Anschließend an ein rheinisches Lied, mit welchem die Schüler den Reichskanzler begrüßten, gab dieser mit herzlichen Worten der besonderen Genugtuung Ausdruck, gerade aus seiner rheinischen Heimat eine solche Schülerzahl bei sich zu sehen. Trotz der Inanspruchnahme durch die Staatsgeschäfte habe er es sich nicht nehmen lassen, die Jugend aus dem Rheinland zu empfangen, deren Bevölkerung in den letzten Jahren viele Entbehrungen in bewundernswerter Ausdauer und Treue zum Reich ertragen hätte. Pflicht der Jugend sei es, diesem Beispiel zu folgen und neben der Liebe zur engeren Heimat stets in Treue zum gesamten deutschen Reich zu stehen. Nach einigen Dankesworten des Studienrates Haßbach aus Coblenz, der die Studienfahrt leitet, übernahm der Reichskanzler persönlich die Führung durch die Räume und den Garten des Reichskanzlerpalais, auf dessen historische Bedeutung er im Einzelnen hinwies.

Ein Freispruch.

w **Berlin**, 16. Sept. **(Tel.)** Vor dem Schöffengericht in Landsberg wurde heute gegen den Rittmeister a. D. und Landbundgeschäftsführer Ernst Schultze in Friedeberg (Neumark) verhandelt, der angeklagt war, sich gegen Paragraph 107 des Str.-G.-B. vergangen zu haben. Der Geschäftsführer Schultze hat in seiner Eigenschaft als verantwortlicher Redakteur der Landbundzeitung in Friedeberg am 18. Juni 1926 eine Bekanntmachung folgenden Inhalts erlassen: „Wir bitten nochmals, dafür zu sorgen, daß am 20. Juni niemand zur Wahl geht. Alle die zur Wahl gehn, werden in schwarze Listen eingetragen, auch werden ihre Namen öffentlich gebrandmarkt werden." Der Geschäftsführer Schultze bemerkte auf Befragen des Gerichtsvorsitzenden, er habe sich hierzu veranlaßt gefühlt, da er in dem Vorgehen der Fürstenenteignung „eine verfassungswidrige Handlung" gesehen und die Interessen der Landbundmitglieder schwer geschädigt geglaubt habe. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten nach § 107 eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten, und, da er noch nicht vorbestraft sei, Bewährungsfrist. Der Verteidiger bemerkte, solange keine Wahlpflicht bestehe, könne auch von einer Wahlbehinderung keine Rede sein. Das Gericht sprach den Angeklagten frei, da es in dessen Handlungsweise keine strafbare Bedrohung erblicken könne. Außerdem wäre die öffentliche Bekanntmachung in dieser Form nicht verboten. (Das Urteil und seine Begründung werden sicherlich auf starken Widerspruch stoßen.)

Deutschlands Mitarbeit im Völkerbund.

Ausführungen Dr. Stresemanns vor der Weltpresse.

tu **Genf**, 16. Sept. **(Tel.)** Reichsaußenminister Dr. Stresemann empfing heute nachmittag im Hotel „Metropol" die Vertreter der deutschen und der ausländischen Presse zu einem Diner, in dessen Verlauf er in einer Rede auf die aktuellen Fragen des Völkerbundes einging. Dr. Stresemann führte u. a. folgendes aus:

„Zum zweiten Male in diesem Jahr ist das Deutsche Reich im Völkerbund vertreten. Deutschland konnte an allen großen Völkerbundsfragen mitarbeiten. Die gegenwärtige Völkerbundstagung gelangt zu den bedeutendsten, die Genf bisher gesehen hat. Wohl hat die Generaldebatte in der Vollversammlung einen Streit der Meinungen mit Angriff und Gegenwehr gezeigt. Doch dieser Gedankenaustausch muß als viel wertvoller als der Austausch allgemeiner Höflichkeiten und die Anerkennung einiger ganz allgemeiner Ideen bezeichnet werden. Von zwei Seiten ist der Versuch gemacht worden, die von einzelnen Nationen vorgebrachten Anregungen in Entschließungen zusammenzufassen. Aber die polnische wie die holländische Entschließung haben das gleiche Schicksal gehabt, verschiedenen Aenderungen unterworfen gewesen zu sein. Deutschland hat die polnische Entschließung unterstützt, weil es der Meinung ist, daß eine feierliche Erklärung derart, daß alle Völkerbundsstaaten den Krieg verabscheuen, keineswegs schaden kann. Herr Briand hat in seiner Rede auf nicht lange zurückliegende spannungsreiche Zeiten hingewiesen. Jene Zeiten haben Spannungen gehabt, die vielleicht stärker waren, als man im allgemeinen in der Oeffentlichkeit weiß. Aus diesem Grunde ist deutscherseits dem Gedanken Ausdruck gegeben worden, daß, wenn eine Entscheidung auch nichts an dem Pakt ändert, eine solche Entscheidung von großer Bedeutung sein kann, weil auch die Empfindungen der Menschen eine moralische Weltgeltung haben, die ebenso stark sein kann wie Paragraphen, die die Völker juristisch binden."

Dr. Stresemann hob sodann hervor, die deutsche Delegation glaube in Anspruch nehmen zu können, daß sie sich nicht mit Worten begnügt habe. „Deutschlands Erklärung über die Unterzeichnung der sogenannten Fakultativklausel des Haager Schiedsgerichtshofes ist deshalb von Bedeutung, weil jetzt wohl damit der Bann gebrochen sein kann, der andere Nationen bisher zurückgehalten hat, den gleichen Weg zu gehen. Die Worte, mit denen Herr Briand Deutschlands Vorgehen begrüßte, berechtigen zu der Hoffnung, daß auch Frankreich seinen Widerstand gegen den Beitritt zu der Siedsgerichtsklausel aufgeben wird."

Dr. Stresemann wies dann ferner darauf hin, daß in einem Teil der französischen Presse, die scheinbar eine offizielle Bedeutung trägt, vielfach Deutschlands Erklärungen über seinen inneren Frieden Zweifel entgegengesetzt werden. In jedem Land mit vielen Millionen Einwohnern kann die öffentliche Meinung nicht bis zum letzten Mann einig sein. So auch bei Deutschland mit seiner Bevölkerung von 63 Millionen. In jedem Land gibt es das Spiel und Gegenspiel der Kräfte. Die deutsche Völkerbundsdelegation aber umfaßt sämtliche große Parteien und ist sich über ihre Haltung gegenüber dem Völkerbund völlig einig. Die Entwicklung der letzten Jahre stößt zweifellos auf Hemmungen und Schwierigkeiten, die jedoch überwunden werden würden."

Dr. Stresemann kam sodann auf die Veröffentlichung der „Menschheit" zu sprechen. Er führte dabei u. a. aus: „Wenn jemand seit Jahren überhaupt nicht mehr in Deutschland lebt, hat er kein Recht, über die geistige Verfassung des Landes und Volkes zu sprechen. Wenn aber jemand von deutschem Blut dafür eintritt, daß das Rheinland an Frankreich abgetreten wird, so ist das ein Mangel an Charakter und Anstand, den kein Volk dulden kann. Allein eine von allen großen politischen Parteien, einschließlich der Opposition, vertretene Politik muß als die allgemein maßgebende Grundlage für die Beurteilung des deutschen politischen Willens angesehen werden. Wohl wird noch über Nuancen, Form, Ausdruck und Art in den großen Parteien gestritten, aber nicht mehr über die Grundlagen ihrer Politik. Die Politik der deutschen Völkerbundsdelegation ist unmöglich, wenn sie nicht von den großen Parteien, auch der Opposition, getragen wird. Regierung und Opposition sind sich über die Grundfragen der Politik einig. Die große Mehrheit des deutschen Volkes steht damit hinter der Regierung.

Der Außenminister gab in diesem Zusammenhang eine Darstellung der psychologischen Entwicklung, die gerade die jüngste Generation in Deutschland durchgemacht hat. Er betonte, daß die heutige Jugend dem Geiste der Resignation innerlich fernstehe und damit eine Entwicklung zur neuen aktiven Politik zeige. Diese Entwicklung hätte schneller und intensiver sein können, wenn die moralische und materielle Belastung des deutschen Volkes von Anfang an planmäßiger erfolgt wäre. Eine schwere Belastung stelle immer noch die Rheinlandsbesetzung dar.

Der Reichsaußenminister ging darauf auf die Hauptprobleme der gegenwärtigen Völkerbundstagung über. Nachdrücklich stellte er fest, daß die Besprechungen der Locarnomächte außerhalb der Völkerbundsverhandlungen mit den Aufgaben des Bundes selbst nichts zu tun hätten. Damit könne von einer Verletzung der Rücksicht auf andere, vor allem die sogenannten kleinen Nationen, nicht die Rede sein. Die Besprechungen der Locarnomächte hätten sich ausschließlich auf die Angelegenheiten dieser Mächte sowie auf in Locarno festgesetzte Fragen bezogen. Der deutsche Standpunkt sei stets gewesen, daß der Völkerbund seinen Zweck verfehlen würde, wenn er den kleineren Staaten nichts anderes als einen Anschluß an die Korporation der Großmächte geben würde. So wie die Locarnomächte heute untereinander zusammengekommen seien, so seien die südamerikanischen Delegierten zu Sonderbesprechungen im Vorjahre zusammengekommen. Zu dieser Art von Besprechungen müsse auch die Zusammenkunft des polnischen Delegierten Sokal mit den Vertretern der baltischen Staaten und der Kleinen Entente gerechnet werden. Der Verlauf der Ratswahlen und die Wahl des Versammlungsvorsitzenden hätten jeden Versuch einer Vorausbestimmung enttäuscht und seien ein Beweis dafür, wie falsch die Ansicht sei, daß die kleineren Staaten im Völkerbund nur eine Nebenrolle spielten. Dr. Stresemann stellte fest, daß sich Deutschlands Weg für die demokratischen Ordnungsprinzipien des Völkerbundes einsetzen werde. Bei den Ratswohlen, fuhr er fort, müsse nicht nur das Land, sondern auch die Persönlichkeit des Kandidaten berücksichtigt werden. Zur Abrüstungsfrage übergehend, erklärte Dr. Stresemann, daß das wehrlose Deutschland als das der Sicherheit am meisten bedürftige Land besonders an der Abrüstungsfrage interessiert sei. Die deutsche Delegation sei außerdem verpflichtet, ihre Mitwirkung am Völkerbund durch ein Streben nach Verwirklichung der Verpflichtungen aus dem Locarnovertrage vor dem Volke zu verantworten. Der gegenwärtige Stand der Abrüstungsfrage sei auch für die Vertreter gerüsteter Staaten durchaus unbefriedigend.

Zum Schluß seiner Rede verwies Dr. Stresemann noch auf die Bedeutung der im Rahmen des Minderheitenschutzes bedeutsamen Frage des ungarisch-rumänischen Konfliktes hin. Er gab der Meinung Ausdruck, daß, wenn auch die gegenwärtige Tagung beim Völkerbund die jeder menschlichen Institution innewohnenden Schwächen gezeigt habe, der Völkerbund weiter wachsen werde."

Auf die Frage eines französischen Journalisten, ob Deutschland beabsichtige, in Genf auf Grund des Artikels 19 der Völkerbundssatzung die Frage der Rheinlandsbesatzung aufzurollen, erwiderte der Minister, daß diese Angelegenheit im Rahmen der Locarnomächte verhandelt worden sei. Diese Frage, betonte Dr. Stresemann, werde hoffentlich in gleichem Rahmen einer zufriedenstellenden Regelung entgegengeführt werden. Auf eine weitere Frage nach Deutschlands Minderheitenpolitik erwiderte Dr. Stresemann, daß Deutschland für alle Minderheiten die gleiche Politik treibe.

Der neue französische Antrag.

w **Genf**, 16. September.

In der heutigen Vormittagssitzung des Abrüstungsausschusses brachte der französische Delegierte Paul Boncour, wie bereits kurz gemeldet, den angekündigten Entschließungsantrag ein. In diesem Resolutionsentwurf wird der Völkerbundsversammlung der Abschluß von Schiedsgerichtsverträgen empfohlen, die eine friedliche Regelung aller Streitigkeiten sicherstellen und zwischen allen Ländern gegenseitiges Vertrauen herstellen, gleichzeitig wird der Rat gebeten, den Abrüstungsausschuß damit zu beauftragen, einen Vorentwurf zur Begrenzung und Verminderung der Rüstungen und die Maßnahmen zu prüfen, die geeignet sind, allen Staaten die notwendigen Sicherheitsgarantien zu geben um ihnen die Festlegung der Höhe ihrer Rüstungen auf niedrigster Ziffer in einem internationalem Abrüstungsvertrag zu erlauben. Die Versammlung ist der Ansicht, daß diese Maßnahmen entweder in einer Angliederung der einzelnen Sicherheitspakte oder in einer systematischen Anwendung der Völkerbundstatuten oder schließlich in einer elastischeren Gestaltung des Genfer Protokolls gesucht werden können, die den Signatarmächten unabhängig von den allgemeinen Paktverpflichtungen die Anpassung ihrer Obliegenheiten an die mehr oder weniger enge Solidarität gestattet, die diese Mächte je nach ihrer geographischen Lage mit den verschiedenen Nationen verbinden.

Vorangegangen war eine sehr wirksame Rede des schwedischen Delegierten Sandler, in der er als erste Abrüstung eine gewisse Gleichheit herzustellen forderte. Graf Bernstorff stimmte den Ausführungen Sandlers in wenigen Sätzen wärmstens zu.

Paul Boncour meinte dann, die Sicherheit sei eine unerläßliche Voraussetzung der Abrüstung, für die meisten Staaten und nur die Verwirklichung dieses Wunsches könne allein die Möglichkeit geben, die Erfüllung der Forderung zu ermöglichen, die Graf Bernstorff als der Gläubiger immer wieder vorbringe und die ihm „so berechtigtermaßen am Herzen liege". Er lehnte den Gedanken eines kontinentalen Genfer Paktes ab, denn die Universalität sei unerläßlich. Trotzdem könne man Europa, das besonders gefährdet sei, im Auge haben und Vereinbarungen grundsätzlich für die anderen Mächte offen halten. Es gebe auch eine Unterschiedlichkeit der Garantien dem Grade nach, ohne daß sie deshalb an sich an Wert einbüßten. In Uebereinstimmung mit der Frage selbst fordert er schließlich, daß die Sicherheit durch die Arbeiten des vorbereitenden Abrüstungsausschusses ausreichend gewährleistet sei, wenn die Abrüstungskonferenz ihre Arbeiten aufnehme.

*

Der Vorschlag Paul Boncours wird hier allgemein als Versuch gewertet, das Gegeneinanderwirken der verschiedenen Vorschläge zur Abrüstungs- und Sicherheitsfrage zu vermeiden und zugleich den bekannten französischen Gesetzen in unauffälliger Form die Ueberlegenheit bei den bevorstehenden Beschlußfassungen und für die weiteren des vorbereitenden Abrüstungsausschusses zu sichern.

Vor dem Zusammentritt des neuen Völkerbundsrates.

tu **Genf**, 16. Sept. Der neugewählte Völkerbundsrat tritt am Samstag vormittag 10 Uhr zu seiner ersten Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung steht die ungarisch-rumänische Streitfrage, das Klagerecht der Danziger Eisenbahner, das Exterritorialitätsrecht auf der Westernplatte, die armenische Flüchtlingsfürsorge, die „Salamis"-Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz.

Briand kehrt nach Genf zurück.

tu **Paris**, 16. Sept. Im Gegensatz zu den bisherigen Informationen kehrt Briand nach einer Havasmeldung aus Genf nach seiner Teilnahme an dem morgigen Ministerrat Sonntag wieder nach Genf zurück.

Zaleskis Genfer Reise noch unbestimmt.

tu **Warschau**, 16. Sept. **(Tel.)** Wie heute mitgeteilt wird, wird die Reise des polnischen Außenministers Zaleski nach Genf wahrscheinlich überhaupt nicht zustande kommen. Die Abendpresse meldet im Widerspruch zu einer Morgenmeldung, daß sich der Gesundheitszustand des Ministers wieder verschlechtert haben soll.

Reichskanzler a. D. Dr. Luther ist der Ortsgruppe Essen der Deutschen Volkspartei als Mitglied beigetreten.

Keine Beteiligung des Reichsbanners an der Tannenberg-Feier.

w **Königsberg**, 16. Sept. Die Vertreter aller republikanischen Parteien im Gauvorstand Ostpreußen des Reichsbanners Schwarz-rot-gold, haben, wie die „Vossische Ztg." erfährt, nach eingehenden Beratungen einstimmig die Beteiligung des Reichsbanners Schwarz-rot-gold an der am kommenden Sonntag stattfindenden Tannenbergfeier abgelehnt. Die Vertreter aller drei Reichsbannerparteien waren darin einig, daß eine Spalterbildung für Ludendorff nicht in Frage kommen könne.

Aus aller Welt.

Dr. Dinghöfer österreichischer Justizminister.

tu **Wien**, 16. Sept. **(Tel.)** Der Nationalrat hat heute nach den Sommerferien seine erste Sitzung abgehalten, in welcher vorerst die Wahl des bisherigen Vizekanzlers Dr. Dinghöfer zum nunmehrigen Justizminister erfolgte. Die nächste Sitzung findet am kommenden Dienstagnachmittag statt. In derselben wird die erste Lesung des neuen österreichischen Strafgesetzbuches vorgenommen werden, die bekanntlich eine Angleichung an den deutschen Strafrechtsentwurf bringen soll.

Hausbesitzerbeschwerde gegen Oesterreich.

Auf dem in Haag tagenden Kongreß des internationalen Verbandes der Haus- und Grundbesitzervereine wurde von den österreichischen Haus- und Grundbesitzervereinen lebhafte Klage über die rechtliche Behandlung der Hausbesitzer in Oesterreich geführt. Das Verbandsbüro wurde vom Kongreß ermächtigt, in dieser Angelegenheit Protest beim Völkerbund einzureichen. Er soll damit begründet werden, daß in Oesterreich die Grundsätze des internationalen Rechtes über die Unverletzlichkeit des Privateigentums verletzt worden seien. Der Kongreß nahm ferner eine Entschließung an, die sich gegen die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen richtet und in allen Ländern die Rückkehr zur freien Wirtschaft im Haus- und Grundbesitz als der normalen Wirtschaftsform fordert.

Der französisch-amerikanische Zollkonflikt.

tu **Newyork**, 16. Sept. **(Tel.)** Die amerikanische Regierung befaßte sich in ihrer heutigen Sitzung mit dem französisch-amerikanischen Zollkonflikt. Nach der Sitzung erklärte Kellog gegenüber der Presse, daß Frankreichs letzte Vorschläge vollkommen unannehmbar seien. Falls Frankreich nicht nachgebe, müsse Amerika Gegenmaßnahmen ergreifen.

In amerikanischen Wirtschaftskreisen ist die Strömung im Anwachsen, die auf alle französischen Waren einen 50prozentigen Zollaufschlag verlangt. Ohne den Kongreß zu befragen, würde Coolidge zu dieser Gegenmaßnahme berechtigt sein. Eine amtliche Erklärung besagt, daß Amerikas ablehnende Antwort an Frankreich mit größter Beschleunigung nach Paris abgehen wird.

Präsident Coolidge empfing heute Borah. Nicht nur in den Senator Borah nahestehenden Kreisen nimmt man an, daß Frankreich durch sein Zollvorgehen auf die Schuldenstreichung hinarbeite.

An zuständiger französischer Stelle herrschte heute über die französisch-amerikanischen Handelsvertragsverhandlungen die Hoffnung, daß es möglich sein wird, mit Amerika zu einem baldigen provisorischen Handelsabkommen zu kommen.

Zusammenstöße in Irland.

tu **London**, 16. Sept. **(Tel.)** In Rapheo in der Grafschaft Donegal, kam es gestern nachmittag zu einem schweren Kampf zwischen Anhängern De Valeras und des Regierungsblocks, in dessen Verlauf drei Personen durch Schüsse verletzt wurden. Einer der Verletzten schwebt in Lebensgefahr. Zwei Personen wurden im Zusammenhang mit diesem Vorfall verhaftet.

Parker Gilbert tritt zurück?

tu **Newyork**, 16. Sept. **(Tel.)** In amerikanischen Regierungskreisen wird der gestrige Rücktritt des Gouverneurs der Federal Reserva Bank, Crissinger, lebhaft besprochen, da man seinen Nachfolger in der Person des Reparationsagenten Parker Gilbert vermutet.

Um die Richtlinien.

s **Berlin**, 16. Sept. **(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)**

Wie verlautet, hat sich der Vorstand der Reichstagsfraktion des Zentrums in seiner letzten Sitzung in Berlin u. a. auch mit bedauerlichen politischen Wirkungen der neuerlichen Schreibweise deutschnationaler Blätter beschäftigt. Als ein Niederschlag der Auffassung in Vorstandskreisen dürfte ein Artikel aufzufassen sein, der uns in später Abendstunde zugeht und den wir zunächst einmal in kurzem Auszug bringen.

Der Artikel geht zurück auf die Ausführungen, die der geschäftsführende Vorsitzende der Zentrumsfraktion des Reichstages, Abg. von Guérard, Anfang September in einer notwendigen Abwehr von Angriffen machte und in denen er die Sätze niederschrieb: „Zugegeben muß werden, daß die Haltung der deutschnationalen Presse in letzter Zeit zu erheblichen Bedenken Anlaß gibt. Aufforderungen zur Propaganda für die Monarchie, wie sie das offizielle Blatt der Deutschnationalen, die „Kreuzzeitung" Mitte August brachte, sind unerträglich und verstoßen gegen die Richlinien". Trotzdem blieb, so wird in dem Artikel weiter ausgeführt, die „Kreuzzeitung" bei ihrem Ton und die „Deutsche Tageszeitung" kommt ihr zu Hilfe und schreibt ein gewundenes Hin und Her gegen angebliche unberechtigte Ausdeutung und Ausdehnung der Richtlinien der gegenwärtigen Regierungskoalition durch die „Germania". (Auf Grund des oben angedeuteten Artikels von Guérard. D. Red.) Um das gleich vorweg zu nehmen; die Ausführungen der „Deutschen Tageszeitung" sind rein formalistisch ungenau und falsch. Es wird dann in dem Artikel weiter ausgeführt, daß in jener Sitzung, die in den letzten Januartagen zwischen den Vertretern der heutigen Koalitionsparteien über die Richtlinien stattfand, von allen Beteiligten ein vorbehaltloses Ja und klipp und klar die Anerkennung gewisser Pflichten und Rücksichten ausgesprochen wurde. „Alles, auch die deutschnationalen Vertreter haben anerkannt: die Rechtsgültigkeit der in der Verfassung von Weimar begründeten republikanischen Staatsform, unbedingten Schutz dieser Verfassung in ihrer Gesamtheit, sowie der verfassungsmäßigen Reichsfarben (Artikel 3 der Reichsverfassung) gegen alle herabsetzenden Verunglimpfungen und rechtswidrigen Angriffe. Auch darüber, was man im Hinblick auf einen beliebten Ton in der deutschnationalen Presse unter diesen Worten verstanden wissen wollte, ist gesprochen worden und die Zustimmung seitens der verantwortlichen Führer der deutschnationalen Fraktion war klar und unzweideutig. So konnte der Abg. von Guérard in seiner Reichstagsrede vom 4. Februar 1927 ohne Widerspruch zu finden ausführen: „Die Deutschnationalen haben sich des weiteren zum unbedingten Schutz dieser Verfassung in ihrer Gesamtheit, sowie der verfassungsmäßigen Reichsfarben gegen alle herabsetzenden Verunglimpfungen und rechtswidrigen Angriffe verpflichtet . . . Ich mache auch darauf aufmerksam, daß von uns heute niemals weder in Versammlungen noch in der Presse die Farben schwarz-weiß-rot verächtlich gemacht worden sind, während das bezüglich der verfassungsmäßigen Reichsfarben schwarz-rot-gold von Rednern und der Presse Ihrer Partei unzählige Male geschehen ist. Wir erwarten von Ihrer Loyalität, daß dem ein Ende gemacht wird. Eine andere Einstellung würde den Zusammenhalt der gegenwärtigen Regierung gefährden.

Der Artikel führt dann weiter an, daß sich „eine Zeit lang deutschnationale Redner und auch deutschnationale Blätter im Sinne der Erfordernis der Richtlinien eine gewisse Zurückhaltung auferlegt haben. Mit der Zeit aber und als der Reichstag auseinanderging, vergaß man". Es heißt dann wörtlich weiter: „Die Deutsche Tageszeitung will uns heute plausibel machen, daß ein positives Eintreten für den monarchischen Gedanken seitens der deutschnationalen Presse unter allen Umständen nach den Richtlinien selbstverständlich wäre. Es kommt aber da wohl nur auf das „Wie" an . . . Die Tatsache ist unleugbar, daß die deutschnationale Presse eine Schwenkung vorgenommen hat. Wie dem auch sein mag, das eine sei der deutschnationalen Presse gesagt: Die Massen der Zentrumswähler im Lande reagieren auf diese neue Tonart mit steigendem Unmut und wachsendem Mißtrauen. Sie rufen und mahnen sehr deutlich zur Ordnung und stehen unter allen Umständen hinter der Führung der Reichstagsfraktion, wenn diese ein solches Treiben nicht mehr stillschweigend mit ansehen will. Die „Deutsche Tageszeitung" kann sich ihr Bemühen, hier mangelnde Übereinstimmung zwischen den verantwortlichen Führern des Zentrums und der „Germania" zu konstruieren, ruhig sparen. Hier ist wohl der Wunsch der Vater des Gedankens. Der Zeitpunkt wird kommen, wo über diese Dinge mehr zu sprechen sein wird. Es genügt heute festzustellen, daß die Auslegungen der „Deutschen Tageszeitung" mit dem wahren Sinn der Richtlinien unvereinbar sind und daß die politische Gesamtlage derartige Seitensprünge deutschnationaler Blätter nicht weiter verträgt."

Aus der Stadt.

Münster, 17. September.

⊖ **Umtausch alter Invalidenversicherungsmarken.** Die bis zum 27. 6. 1927 gültig gewesenen alten Invalidenversicherungsmarken, die in die Quittungskarten nicht mehr eingeklebt werden dürfen, können nach gesetzlicher Vorschrift nur noch bis zum 27. 9. 1927 gegen neue Marken umgetauscht werden. Arbeitgeber und Versicherte schützen sich vor Geldverlust, wenn sie die noch in ihrem Besitz befindlichen alten Marken rechtzeitig der Landesversicherungsanstalt Westfalen in Münster zum Umtausch einsenden. Es werden nur unbeschädigte, noch nicht verwendet gewesene Marken umgetauscht. Bei der Einsendung ist genau anzugeben, welche neuen Marken gewünscht werden. Das Porto für deren Uebersendung wird einbehalten.

⊖ **Verlauf der diesjährigen Manöver der 6. Division.**

Vor den vom 26. bis 28. 9. im Raum Paderborn—Driburg—Warburg stattfindenden großen Manövern werden vom 22. bis 24. 9. die Manöver der in zwei Parteien geteilten 6. Division abgehalten werden. Die Leitung liegt in Händen des Befehlshabers des Wehrkreises-VI, Generalleutnant Frhr. von Ledebur. Chef des Stabes: Oberst Wachenfeld. Am 24. 9. werden an höheren Vorgesetzten der Chef der Heeresleitung, General der Infanterie Heye und der Oberbefehlshaber der Gruppe 2 General der Infanterie Reinhardt den Uebungen beiwohnen. Parteiführer Blau am 22. 9. Oberst Pflugradt, Kommandeur J. R. 17; am 23. 9. Oberst Grimme, Artl. Führer VI; am 24. 9. Oberst Gudovius, Kommandeur J. R. 16. Parteiführer Rot am 22. 9 Oberst Freiwald, Kommandeur A. R. 6; am 23. 9. Oberst Frhr. v. Schleinitz, J. R. 18; am 24. 9. Generalmajor Fritsch, Inf. Führer VI. Am 22. 9. werden sich die Gefechtshandlungen voraussichtlich in der Gegend von Hohehaus-Vörden abspielen. Zuschauer wollen sich um 9 Uhr auf dem Wege Hohehaus-Vörden an dem Walde, der halbwegs beider Orte liegt, einzufinden. Das Gefecht wird am Spätnachmittag friedensmäßig unterbrochen. Die Truppen biwakieren voraussichtlich in der Gegend von Vörden—Bredenborn.

Am 23. 9.: 5 Uhr morgens Fortsetzung des Gefechtes. Uebungsende gegen Mittag. Am 24. 9. wird sich das Gefecht voraussichtlich in der Gegend Gehrden—Willebadessen abspielen. Zuschauer 9 Uhr vorm. am Waldrande südwestlich Altenheerse. Uebungsende am Frühnachmittag.

An den hier bezeichneten Punkten werden die Zuschauer von besonders dazu bestimmten Offizieren orientiert werden, während sie an allen anderen Stellen von den Landjägern und Schutzpolizeibeamten vom Gefechtsfeld ferngehalten werden. Die Leitung bittet alle Zuschauer im dienstlichen Interesse dringend, sich nicht einzelnen Truppenteilen anzuschließen, da dadurch die Truppenübungen wegen Mangels an Uebersichtlichkeit leiden. Bei den durch den Friedensvertrag zahlenmäßig geringen Truppenstärken ist ein Erkennen des Gegners unmöglich, wenn überall fast mehr Zuschauer wie Soldaten sichtbar sind.

Aus den Provinzen.

⊙ **Albachten,** 16. Sept. (Auf tragische Art zu Tode) kam am Freitagnachmittag die 12jährige Tochter des Fahrradhändlers Scheiper. Das Kind brachte auf dem Friedhofe ein Grab in Ordnung, als plötzlich ein Grabstein umstürzte und das Kind unter sich begrub. Es erlitt einen Bruch des Rückgrats und starb nach kurzer Zeit.

□ **Bentheim,** 16. Sept. (Ein bedeutender Pferdeschmuggel.) In Neuenkirchen bei Rheine wurden sechs wertvolle Tiere beschlagnahmt. Diese sind in der Gildehäuser Gegend über die Grenze geschmuggelt worden. Ein junger Mann, der erst vor einiger Zeit eine längere Zuchthausstrafe abgebüßt hatte, ist seit dem Tage der Sicherstellung des Pferdetransportes aus Neuenkirchen verschwunden. Dieses Verschwinden wird mit dem Pferdeschmuggel in Verbindung gebracht und zwar auch deshalb, weil der Betreffende zur Bentheimer Gegend viele Beziehungen hatte. Näheres wird die Untersuchung ergeben müssen.

⚓ **Nordhorn,** 14. Sept. (Der Gemeindeausschuß) von Nordhorn-Altendorf beschloß in seiner gestrigen Sitzung, für die Ortsteile Deegfeld und Orde die Straßenbeleuchtungsanlage errichten zu lassen. Die Kosten der Anlage werden sich auf 3000 Mark belaufen. Vorgesehen sind 6 Brennstellen in Deegfeld und 2 in Orde. Die Anlage soll mit tunlichster Beschleunigung gebaut werden, damit in den kommenden dunklen Monaten die Hauptwege und -plätze beleuchtet werden können.

✈ **Köln,** 15 Sept. (Westdeutsche Gastwirtsmesse.) Das Städtische Messe- und Ausstellungsamt teilt mit: Das gerade nicht ausstellungsmäßige Wetter vermochte auch am Donnerstag nicht, den Besuch der Gastwirtsmesse zu mindern. Der Hochbetrieb hält in voller Stärke an. Obwohl man gestern hätte annehmen dürfen, daß die Hallen mehr Besucher nicht fassen würden, war die Besucherzahl heute doch wieder größer als gestern. Die dicht besetzten Züge, die auf dem Deutzer Bahnhof einliefen, zeigten, daß heute in besonders großem Umfange das Bergische Land an dem Besuch beteiligt war. Selbstverständlich stellt auch Köln selbst jeden Tag neue Scharen von Besuchern. Hier hat die Messe die beste Empfehlung: sie ist zum Stadtgespräch geworden. Auch die günstige geschäftliche Entwicklung hat angehalten. Die Zahl der Schilder, die das erfreuliche „Verkauft" tragen, wächst ebenso wie die auf auf ihnen verzeichnete Zahl, die angibt, wie oft der betreffende Gegenstand verkauft worden ist. Das ist um so bemerkenswerter, als auf dieser Messe zum ersten Male auch bekannte industrielle Großfirmen vertreten sind, die man sonst nur auf großen technischen Messen findet. Auch hier kann man erfahren, daß dieser erste Versuch ein voller Erfolg geworden ist. Die Kochkunstausstellung hat ebenso ihre besondere Anziehungskraft unvermindert behalten. Wenn man auch bisher schon ohne weiteres bereit war, die Kochkunst zu den „schönen Künsten" zu zählen, so gibt die Ausstellung erst einen Begriff, wie sehr man dazu berechtigt ist. Nach dem ausgedehnten Weg, den man bereits durch das vielseitige Gebiet der Kochkunst geführt worden ist, stehen außer den ständigen Ausstellungsstücken für Freitag auf dem Programm: Süßspeisen, Käsegerichte und Konditoreibackwaren aller Art. So ist für tägliche Abwechslung in jeder Hinsicht gesorgt.

Reichstagung des Bundes Deutscher Architekten.

In der Zeit vom 7. bis 10. September hat der Bund Deutscher Architekten seinen diesjährigen Bundestag in Hamburg abgehalten.

Nachdem am Mittwoch interne Sitzungen des Vorstandes und Bundesausschusses und eine Begrüßung aller Bundestagsteilnehmer im Curiohaus stattgefunden hatten, wurde die eigentliche Tagung am 8. vormittags durch eine Öffentliche Versammlung in der Stadthalle im Stadtpark eröffnet. In dieser Sitzung sah man an prominenten Mitgliedern außer dem Bundespräsidenten Prof. Kreis, der früher in Düsseldorf, jetzt in Dresden seinen Wohnsitz hat, u. a. den Ehrenpräsidenten des Bundes, Geheimrat Gurlitt-Dresden, Prof. Siedler und Tessenow-Berlin, Prof. Poelzig-Potsdam, Landtagsabgeordneten Schlickebier-Hagen und das Mitglied des Reichswirtschaftsrates Kröger-Hannover. Der Bundespräsident Kreis begrüßte zunächst die erschienenen Gäste, unter diesen den Vertreter des Freistaates Hamburg, II. Bürgermeister Dr. Schramm, Vertreter des Lübecker Senates, der Nachbarstädte und preußischen Behörden und gab sodann einen kurzen Überblick über den in den vorhergehenden Tagen abgehaltenen Internationalen Architektenkongreß in Amsterdam. Auf diesem war zum ersten Male nach dem Kriege dank dem mannhaften Eintreten der holländischen und auch österreichischen Architekten Deutschland wiederum vertreten. Die Ansprachen und Vorträge sowie Lichtbildvorführungen und Besichtigungen der Neubauten, besonders der Wohnhäuser, hätten wohl in jedem Teilnehmer die Überzeugung wachsen lassen, daß die neue Baukunst, wenn auch vielleicht noch nicht geschaffen, so doch im Werden sei. Viele parallele Wege führten zu den erstrebten Zielen. Alle hätten ihre Daseinsberechtigung, wenn sie in Wahrheit und Freiheit der Kunst dienen wollten. Darum sei engherziger Doktrinarismus und Festlegung auf ganz bestimmte Richtungen abzulehnen. Das' bedeute aber nicht ein Verlangen nach Abschwächung des Kampfes um die Durchführung der eigenen Ideen gegen Schwierigkeiten aller Art. Nur der sittliche Kampf im Sinne eines edlen Wettbewerbes schaffe Höchstleistungen. Darum müsse der Bund Deutscher Architekten unter voller Würdigung der Tatsache, daß die Auffassungen der einzelnen verschieden sein könnten, allen Kunstrichtungen seine Tore öffnen, denn nur dann werde der B. D. A. vor Erstarrung bewahrt und dem Fortschritt dienen.

Bürgermeister Dr. Schramm erwiderte im Namen der Stadt Hamburg und hieß die Architektenschaft Deutschlands in den Mauern der Stadt, deren Baugeschichte er in kurzen Zügen entrollte, willkommen. Ihm widmete Geheimrat Gurlitt Worte des Dankes Mit brausendem Beifall dankte die Versammlung dem Präsidenten der Zentralvereinigung der Österreichischen Architekten, Hofrat Theis-Wien, für seine herzlichen Worte der Begrüßung. Keine Macht der Erde werde, wenn sich die Zeit erfüllt habe, so führte er aus, die beiden Brudervölker daran hindern, in inniger Gemeinschaft dem Kulturfortschritt zu dienen. Mit einem Hoch auf Deutschand, in das die Versammlung begeistert einstimmte, schloß er seine temperamentvollen Ausführungen.

Der Vorsitzende des Landesbezirkes Norden, Regierungsbaumeister a. D. Bensel, hielt sodann einen tiefschürfenden, von philosophischen Gedankengängen durchwehten Vortrag über das Thema „Neuzeitliche Baukunst als Ausdruck neuer Zeit". Er ging davon aus, daß wir heute auf allen Gebieten des Lebens, sei es in der Kultur, der Politik, der Wirtschaft und nicht zuletzt der Kunst, in einer Übergangzeit leben, die daher voller Probleme für uns Gegenwartsmenschen ist. Ein besonders großes Wagnis scheint es somit zu sein, aus dieser gärenden Zeit heraus ein Urteil zu fällen, um damit neue Wege zu weisen. Aber neben dem Wagnis stehe die Notwendigkeit, aus dem Wirrwarr des Heute zu höheren Formen emporzuführen. Es stehe außer Frage, daß der baukünstlerische Wille auf das engste mit den soziologischen Begebenheiten verbunden ist. Waren früher die Kirche und die Fürsten Auftraggeber für den Baukünstler, so wurde es seit dem 19. Jahrhundert der Bürger, der sich von der politischen Bevormundung freigemacht hatte. Mit ihm ziehen Technik und Wirtschaft als die Formgestaltung erzwingende Mächte herauf. Damit wird die Baukunst dem nüchtern, sachlich-zweckmäßig urteilenden Verstande unterstellt. Nicht das Kunstwollen steht nunmehr am Anfang, sondern der Zweckgedanke. Heute aber fließt das neue Kunstwollen aus dem kollektivistischen Denken heraus. Nicht individualistische, sondern universalistische Ideen sind seine Träger. Eine solche neue Geistigkeit verlangt auch neue Wege zu neuer Gestaltung.

Anschließend sprach Syndikus Dr. Mahler-Berlin in einem fesselnden Vortrage über den Stand der Beratung des preußischen Städtebaugesetzes und dessen grundsätzliche Bedeutung für die freie Architektenschaft. Vor einigen Monaten hat der Städtebauausschuß des Landtages in erster Lesung die §§ 119 und 120, 1 und 2 erledigt. Es ist zu bedauern, daß in diesem Ausschuß das politische Moment stark hervortritt; sitzt doch in demselben nur ein einziger Architekt als Sachverständiger. — Die Frage der Entschädigung und Enteignung ist dahin geregelt worden, daß zwar keine volle aber angemessene Entschädigung gezahlt werden soll. Auch die Frage der Zuständigkeit ist heiß umkämpft. Die freie Architektenschaft muß verlangen, daß die vorgesehenen Sachverständigenausschüsse auch mit wirklichen Sachverständigen und nicht nach Interessen- oder politischen Gesichtspunkten besetzt werden.

Sodann wurde durch Bürgermeister Dr. Schramm, nachdem Architekt BDA Langmaak-Hamburg einige Erläuterungen gegeben hatte, die Ausstellung „Neues Wohnen" eröffnet. Diese zeigt in reicher Auswahl die modernen technischen Hilfsmittel für das Bauen, sowie die modernen Bauweisen im Wohnungswesen und gibt an Hand praktischer Beispiele einen Überblick über die technischen und organisatorischen Vervollkommnungen im Betriebe der Küche.

Mittags nahmen die Teilnehmer einen gemeinsamen Imbiß in der Stadthalle ein. — Am Nachmittag begann die geschlossene Mitgliederversammlung, in welcher die Erweiterung des Bundesvorstandes um ein Mitglied beschlossen, und Prof. Gropius, der Leiter des Bauhauses Dessau, als neues Vorstandsmitglied gewählt wurde.

Der Abend vereinigte die Teilnehmer und Gäste zu einem Festessen im Uhlenhorster Fährhaus. Die Festrede hielt Regierungsbaumeister a. D. Bensel.

Freitag, der 9., wurde neben Besichtigungen der Sehenswürdigkeiten der Stadt Hamburg und einer Fahrt nach Friedrichsruh durch einen kulturellen Abend im Curiohaus ausgefüllt, bei dem zum Teil recht interessante technische Filme gezeigt wurden. Am Sonnabend unternahm ein Teil der Mitglieder eine Studienfahrt nach Kopenhagen, ein anderer Teil eine Fahrt nach Lübeck, und ein dritter eine Fahrt nach Helgoland.

Damit hatte die bedeutungsvolle Tagung ihren Abschluß gefunden. Sie hat erneut gezeigt, daß der Bund Deutscher Architekten, fest gefügt in sich und unbekümmert um die Tagesmeinungen, ein Hort und Schutz für alles baukünstlerische Wollen zum Wohle der gesamten Baukunst und damit zum Segen unseres deutschen Vaterlandes sein und bleiben will.

Vermischtes.

* w **Gedenkfeier zu Rathenaus 60. Geburtstag.** Berlin, 16. Sept. Wie der „Demokratische Zeitungsdienst" erfährt, beabsichtigt die Rathenau-Stiftung zum 60. Geburtstag von Walter Rathenau am 29. September im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrates eine Erinnerungsfeier zu veranstalten. Bei dieser Feier wird auch Reichskanzler Dr. Marx sprechen. Es steht weiter in Aussicht, daß bei der Feier auch Gerhart Hauptmann, Prof. Scheler und der demokratische Reichstagsabgeordnete Dernburg sprechen werden.

* w **Selbstbeschuldigung wegen Mordes.** Hamburg, 16. Sept. Ein 27jähriger Geschäftsführer stellte sich der Polizei unter der Selbstbeschuldigung, in der Nacht zum Freitag an der Außenalster ein Mädchen erwürgt und ins Wasser geworfen zu haben. Eine Leiche ist bisher aus der Alster nicht geborgen worden.

* **Bei Ausschachtungsarbeiten verschüttet.** Dresden, 16. Sept. In den sächsischen Gußstahlwerken in Freital-Döhlen wurden bei Ausschachtungsarbeiten für einen neuen Ofen mehrere Arbeiter von zusammenbrechenden Erdmassen verschüttet. Ein Arbeiter konnte nur als Leiche geborgen werden, während einer schwer und drei andere leicht verletzt wurden.

* w **Schwerer Straßenbahnunfall.** Dresden, 16. Sept. Heute nachmittag fuhr ein Straßenbahnwagen infolge Versagens der Bremse mit voller Kraft auf einen die Straße kreuzenden Straßenbahnwagen. Es wurden 3 Personen schwer und 11 Personen leicht verletzt.

* **Wieder ein Unglück am Bahnübergang.** tu Breslau, 16. Sept. Heute nachmittag wurde auf dem unbewachten Bahnübergang bei Buchwald auf der Strecke nach Striegau ein mit drei Pferden bespannter Ackerflug von einem Personenzug überfahren. Der Kutscher und die drei Pferde wurden getötet.

* **Typhus in Franken und Thüringen.** Koburg, 16. Sept. Im thüringisch-bayerischen Grenzgebiet des Bezirks Schalkau sind mehrere Fälle von Typhus und Paratyphus zu verzeichnen. Das Bezirksamt Koburg erläßt eine Warnung und stellt fest, daß die oberste Itz und die Gümpen als verseucht anzusehen sind. Auch zu Waschzwecken darf das Wasser der genannten Flüsse nicht verwendet werden.

* **Für 80 000 Mark Juwelen gestohlen.** Frankfurt a. M., 16. Sept. Aus einer Villa in der Friedrichstraße wurden auf bis jetzt noch unaufgeklärte Weise Juwelen, Perlen und Goldwaren im Gesamtwerte von 80 000 Mark gestohlen, darunter eine Perlenkette, die aus 228 Perlen besteht und allein einen Wert von 60 000 Mark repräsentiert.

* **Vom französischen Kriegsgericht in Landau.** tu Landau, 16. Sept. Das französische Kriegsgericht in Landau verurteilte heute unter Ausschluß der Öffentlichkeit den französischen Alpenjäger Capy, der im Frühjahr d. Js. ein Notzuchtverbrechen an einer deutschen Frau begangen hatte, zu zwei Jahren Gefängnis ohne Bewährungsfrist. Ferner wurden sieben Deutsche wegen Kugeldiebstahls auf französischen Schießplätzen zu Gefängnisstrafen von zwanzig Tagen bis zu fünf Monaten verurteilt, außerdem zwei französische Soldaten wegen Diebstahls zu sechs Monaten Gefängnis mit Strafaufschub.

* **Autounglück bei St. Ingbert.** St. Ingbert, 16. Sept. Auf der Landstraße St. Ingbert und Bentrich geriet ein Lastauto auf unaufgeklärte Weise auf den Fußweg und überfuhr mehrere Arbeiter. Ein Arbeiter wurde getötet, 2 weitere Arbeiter sowie der Führer des Autos wurden lebensgefährlich verletzt.

* **Todessturz beim Training.** Olmütz, 16. Sept. Der bekannte mährische Rennfahrer Gottlieb Matzah aus Olmütz ist beim Training für das am Sonntag stattfindende Rennen bei Sternberg an der sog. „schwarzen Kurve" verunglückt. Während er einem Bekannten mit der Hand zupinkte, überschlug sich sein Bugattiwagen. Matzah erlitt einen Schädelbruch und war sofort tot, während sein Mechaniker mit leichteren Verletzungen davonkam. Zwei Rennfahrer, die als Zuschauer an der Kurve standen, erlitten leichte Verletzungen.

* **Kein Alkoholverbot für Dänemark.** Kopenhagen, 16. Sept. Das dänische Sachverständigenkomitee, das sich zwölf Jahre lang mit der Frage des Alkoholverbots beschäftigt hat, hat heute seine Arbeiten beendet. Sechs Mitglieder des Komitees schlagen eine Volksabstimmung über das Alkoholverbot vor. Die Mehrheit des Komitees lehnt das Verbot ab.

* **23 Italiener in der Schweiz verurteilt.** tu Basel, 16. Sept. Am Mittwoch waren 23 Italiener, die ohne Paß die schweizerische Grenze überschritten hatten, wegen unbefugter Grenzüberschreitung auf dem Paßzwang verhaftet worden. Sie wurden heute in Solothurn zu je zwei Tagen Gefängnis und je fünf Jahren Landesverweisung verurteilt. Italienische Emigranten haben wiederholt auf dem Paßzwang in einer schweizerischen Kommunisten gehörigen Hütte Zuflucht gefunden. Deshalb hat sich bereits der Bundesanwalt der Grenzüberschreitungen auf dem Paßzwang angenommen.

* **Der angebliche Anschlag auf die Londoner Untergrundbahn.** London, 16. Sept. Die Bombe, die auf der Londoner Untergrundbahn aufgefunden wurde, bestand, wie bei der Untersuchung festgestellt wurde, aus einer Blechbüchse, die eine Unze völlig harmlosen Magnesiumpulvers enthielt, wie es bei Blitzlichtaufnahmen in der Photographie verwendet wird. Auch die Meldungen, wonach eine angekohlte Lunte gefunden worden sei, werden bestritten. Dementsprechend fallen die Vermutungen einzelner Blätter in sich zusammen, wonach Anhänger Saccos und Vanzettis den Versuch gemacht hätten, den Untergrundbahntunnel zu sprengen. Nach einer späteren Meldung hat der gestrige Bombenfund auf der Londoner Untergrundbahn eine harmlose Aufklärung gefunden Die vermeintliche Bombe stellte sich als eine Büchse heraus, die etwas schwarzen Puder enthielt, der völlig harmlos war.

Ein Regimentskassendieb nach acht Jahren ermittelt.

* **Berlin,** 16. Sept. Der Diebstahl einer Regimentskasse mit 250 000 Mark Inhalt, der schon im Jahre 1919 verübt wurde, wird jetzt seine gerichtliche Entscheidung finden. Als im genannten Jahre das 11. Infanterie-Regiment in Stettin seinen Abschied feierte, wurde in der Nacht die in der Wachtstube stehende Regimentskasse erbrochen und bestohlen Der Verdacht lenkte sich sogleich auf bestimmte Mannschaften, die auch bis auf einen Mann verhaftet und schon zu je drei Jahren Zuchthaus verurteilt wurden. Der letzte Angeklagte war damals nach Berlin geflüchtet und verschwunden Die anderen hatten übereinstimmend behauptet, daß sie von dem Raube keinen Pfennig erhalten hätten. Sie hätten das Geld auf dem Hofe gebündelt und es dem geflüchteten Mitäter übergeben. Der sei damit nach Berlin gefahren, um das Geld für sie alle in Sicherheit zu bringen. Er habe aber dann nichts mehr von sich hören lassen. Jetzt wurde nun dieser so lange Verschwundene in einem hiesigen Kinobesitzer ermittelt Als dieser eines Tages umzog, entdeckte ein Polizist bei der Anund Abmeldung, daß er eine seit Jahren gesuchte Persönlichkeit vor sich hatte. Der Beschuldigte hatte sich die ganze Zeit nicht etwa verborgen gehalten, sondern lebte seit fünf Jahren angemeldet in Berlin, wo er ein geachteter Mann geworden ist. Deshalb hat wohl auch niemand vermutet, daß er wegen eines schweren Diebstahls gesucht wurde. Der Kinoinhaber wurde in Untersuchungshaft genommen, aber auf Antrag seines Verteidigers gegen Kaution wieder entlassen Demnächst wird die Hauptverhandlung wegen dieser Sache gegen ihn stattfinden.

Nordwestdeutsche Tuberkulosen-Tagung.

* **Hamburg,** 15. Sept Die Nordwestdeutsche Tagung für Tuberkulose, zu der eine große Anzahl von Tuberkuloseforschern und Ärzten aus dem In- und Ausland erschienen ist, wurde heute vormittag im großen Hörsaal der Universität eröffnet. Verbunden damit war die Eröffnung der Deutschen Forschungsanstalt für Tuberkulose, die dem Eppendorfer Krankenhaus angegliedert ist. Die Erschienenen, darunter die Vertreter des Reichsgesundheitsamtes, des Reichsministers des Innern, wurden vom Direktor Professor Dr. Brauer-Bremen mit einer Ansprache begrüßt. Im Namen des Hamburger Senats sprach Senator Grunenwald, der die Deutsche Forschungsanstalt für Tuberkulose eröffnete Er betonte, daß die Gründung durch das Hamburger Gesundheitsamt weitgehende Förderung finden werde Im Namen der Universität begrüßte Professor Dr Laun die Tagung. Es folgte eine Reihe weiterer Begrüßungsansprachen, darunter der Vertreter des Reichsversicherungsamtes und des Reichsministeriums des Innern Anschließend daran dankte Professor Bauer allen Vorrednern für ihre mitgeteilten Wünsche und hielt dann einen Vortrag über die Bedeutung freier Forschungsinstitute, in dem er über die Vorabeiten und den Aufbau des Werkes berichtete. Im weiteren Verlauf wurde eine große Reihe Fachvorträge gehalten Am Nachmittag wurde das Forschungsinstitut im Eppendorfer Krankenhaus von den Teilnehmern besichtigt.

Handel und Volkswirtschaft.

Die Wohlfahrtseinrichtungen der Deutschen Bank.

Der Vorstand der Deutschen Bank hat anläßlich des Ausscheidens seines Kollegen Herrn Carl Michalowsky, zu dessen Tätigkeitsbereich auch die Wohlfahrtseinrichtungen der Bank gehörten, alles das, was die Bank auf diesem Gebiete leistet, in einem ansprechenden und mit Abbildungen reich geschmückten Heft zusammenstellen lassen. Man wußte immer, daß Bestrebungen dieser Art von der Deutschen Bank besonders gepflegt werden. Aber diese Dinge pflegen sich in ihren Einzelheiten ja im allgemeinen der Kenntnis der großen Öffentlichkeit zu entziehen. Um so mehr ist diese Übersicht zu begrüßen. Die Fürsorge erfaßt alle nur denkbaren Gebiete. Da ist der Klub der Beamten, der die Möglichkeit billigen Essens und geselligen Beisammenseins bietet, da sind die großen Erholungsheime, in Johannaberg im Teutoburger Walde und in Sellin, das Arthur von Gwinner-Erholungsheim in Caputh, dessen wundervolles Grundstück für das Wochenende wie geschaffen scheint. Wie intensiv der Sport gepflegt wird, weiß man nicht erst, seitdem die Sportvereinigung die große Berliner Industriestaffel gewann. Aber daß diese Sportvereine nicht nur einen großen Sportplatz mit einem eigenen Stadion in Mariendorf haben, daß dem Ruderklub ein großes Grundstück in Rahnsdorf zur Verfügung hat, daß sogar im Gebäude der Deutschen Bank eine Turnhalle, ein gedeckter Tennisraum und ein Fechtsaal existieren, erfährt man erst aus diesem Heft. Der Georg von Siemens-Wohlfahrtsfonds betrug 1914 fast 9 Millionen Mk. Das Geld ist in der Inflationszeit entwertet, aber heute beträgt er doch schon wieder 6 Millionen Mark. Seine Zinsen werden zu Pensionszuschüssen und zu einmaligen Unterstützungen verwendet Die von der Deutschen Bank gezahlten Pensionen gehen erheblich über die Renten der Reichsversicherungsanstalt hinaus; einen Teil davon trägt der Beamten-Fürsorge-Verein der Deutschen Bank.

Einen besonderen Zweig der Fürsorge bildet die Fortbildung, die in geschickter Kombination von Kursen und Fachvereinen geschieht. Alles in allem bietet das Heft einen Überblick über eine in ihrer Art vorbildlichen Leistung, die um so anerkennenswerter ist, als der Wiederaufbau der in der Inflation vernichteten Werte ja nur in einer kurzen Spanne von Jahren vor sich gegangen ist.

Düsseldorfer Kurenbörse.

tu **Düsseldorf,** 16. Sept. **(Tel.)** Die heutige Börse nahm einen ruhigen, aber in der Grundstimmung festen Verlauf. In Kohlenkuxen, die durchweg ihre Kurse zu behaupten vermochten, kamen Umsätze nicht zustande. Von Kohlenaktien gaben Lothringen nach ihrer vortägigen Steigerung wieder eine Kleinigkeit her. Dagegen waren Adler Kohle sowie Dahlbusch zu höheren Kursen in Verkehr. Braunkohlenwerte lagen ohne Interesse. Am Kalimarkt ist die erneute Steigerung in Volkenroda um 50 Mark bemerkenswert. Burbach und Beienrode wechselten zu letzten Kursen ihren Besitzer. In Einigkeit und Siegfried I war das Geschäft heute erstmalig wieder etwas lebhafter. Die Kurse beider Kuxen vermochten etwas anzuziehen. Sonst waren noch Naltenberg im Handel. Von Kaliaktien wurden Kaliindustrie zu leicht nachgebenden Preisen gehandelt, dagegen Krügershall im Verlaufe um 2 Prozent anziehend. In demselben Ausmaße waren auch Niedersachsen gesteigert. Unverändert lagen Wittekind. Am Markt der Industriewerte gingen Urdinger Waggon zu leicht ermäßigten und Kabel Rheydt zu leicht anziehenden Kursen um.

Ausländische Wechselkurse.

tu **Zürich,** 16. Sept. **(Tel.)** Berlin 123,38; Wien 37,10; Prag 85,37; Holland 207,80; Newyork 5,18,55; London 25,21¾; Paris 20,33¼; Italien 72,20; Brüssel 28,26; Kopenhagen 138,88; Stockholm 139,40; Oslo 136,90; Madrid 87,81¼.

tu **Amsterdam,** 16. Sept. **(Tel.)** London 12,12 9/16; Berlin 59,37¾; Paris 9,78⅝; Schweiz 48,12; Wien 35,16; Kopenhagen 66,78; Stockholm 67,09; Oslo 65,90; Newyork 2,49½; Brüssel 34,74½; Madrid 42,20; Italien 13,58¼.

Amerikanische Getreidenotierungen.

Terminpreise.

Chicago	16. 9.	15. 9.		16. 9.	15. 9.
Weizen Sept.	127⅝	126⅜	**Hafer** Sept.	45⅝	44⅞
„ Dez.	130⅞	129⅞	„ Dez.	47¾	47½
„ März	133⅞	133¼	„ März	50⅜	50
Mais Sept.	91⅛	95⅛	**Roggen** Sept.	94⅜	93¼
„ Dez.	94⅛	96⅞	„ Dez.	97	95⅞
„ März	99⅞	99¾	„ März	100¼	99⅜
New-York	16. 9.	15. 9.		16. 9.	15. 9.
Weizen Domestic Sept.	131	131	**Weizen** Bonded Okt.	139⅛	—
Dez.	133¾	133⅛	Dez.	135¼	—

Lokopreise.

Chicago	16. 9.	15. 9.	New-York	16. 9.	15. 9.
Weizen			**Weizen**		
Rot. Som.-Wint. Nr. 2	—	—	Manitoba Nr. 1	160¼	159
Hart. „ „ „	—	129¾	Rot Som.-Wint. Nr. 2	139¼	138⅜
Gemischter Nr. 2 „ „	—	—	Hart. „ „ „	141⅝	140⅞
Hart. Som.-Wint. Nr. 3	—	—	**Mais,** neu ank. Ernte	110⅝	104⅞
Mais, gelb Nr. 2	93¾	97	**Roggen,** Nr. 2 fob. N.Y.	110⅜	109¼
Hafer, weiß Nr. 2	50	49	**Gerste,** Malting	90	90
Roggen, Nr. 2	77	—	**Mehl,** Spring wheat clears[1])	650—	650—
Gerste, Malting	71-80	70-80		700	700

Frachten:	16. 9.	15. 9.
Fracht nach England[2])	2,3—2,9	2,3
„ „ Kontinent[3])	14	14

Anmerkung: [1]) Per 196 lbs. [2]) In Shilling und Pence per 480 lbs. [3]) In Dollarcents per 100 lbs.

Warenmärkte.

Hamburger Warenmarkt.

tu **Hamburg,** 16. Sept. **(Tel.)** Kaffee: Bei ruhigem Geschäft blieb die Haltung des Marktes unverändert. Brasilien hielt seine Offerten unverändert oder erhöhte sie bis zu einem Sh. Die Lokopreise blieben unverändert. — Kakao: Das Geschäft war im allgemeinen ruhig. Die Preise waren auf die gestrigen Newyorker Terminpreise hier ziemlich behauptet, jedoch unverändert. — Reis: Das Geschäft nahm bei unveränderten Notierungen ruhigen Verlauf. — Auslandszucker: Der Markt trug bei kleinen Umsätzen ruhiges aber steiges Gepräge. Tschechische Kristalle Feinkorn notierten etwa November-Dezember 15—15,1½. Java 25,15,3—15,4¼. — Schmalz: Tendenz fest. Amerikanisches notierte 33, raffin. 34 bis 34,5, Hamburger Schmalz 38,75 per 100 Kg. — Getreide: Infolge schwächerer Auslandsmeldungen kam es hier nur zu kleinen Umsätzen, wobei die Preise nominell unverändert blieben. — Mehl: Tendenz für Weizenmehl ruhig, für Roggenmehl fest. Weizenauszugsmehl hiesiger Mühlen 43,75—44, Bäckermehl hiesiger Mühlen 38,25 bis 38,5, Auszugsmehl inländischer Mühlen 38,5—40,5, Weizenmehl inländischer Mühlen 32—34, Amerikanisches Weizenmehl 7,5—9. Die Roggenmehlpreise blieben unverändert. — Hülsenfrüchte: In Erbsen aller Qualitäten entwickelte sich mittleres Bedarfsgeschäft zu letzten Preisen. — Futtermittel: Der Markt verkehrte in unverändert ruhiger Haltung. — Öle und Fette: Tendenz ruhig, Preise unverändert. — Chemikalien: Bei unveränderten Preisen Marktlage ruhig. — Paraffin und Wachs: Tendenz ruhig, Preise unverändert.

Metallnotierungen.

tu **Berlin,** 16. Sept. **(Tel.)** Kupfer: September bezahlt —; Geld 112,50; Brief 113,50; Oktober bezahlt —; Geld 113,25; Brief 113,75; November bezahlt —; Geld 113,75; Brief 114,25; Dezember bezahlt —; Geld 114; Brief 114,25; Januar bezahlt —; Geld 114,25; Brief 114,50; Februar bezahlt 114,75; Geld 114,75; Brief 114,75; März bezahlt —; Geld 114,75; Brief 115; April bezahlt —; Geld 115; Brief 115,25; Mai bezahlt —; Geld 115,25; Brief 115,25; Juni bezahlt —; Geld 115,50; Brief 115,50; Juli bezahlt —; Geld 115,75; Brief 115,75; August bezahlt 116; Geld 115,75; Brief 116; Tendenz: stetig. Blei: September bezahlt —; Geld 43,5; Brief 44,5; Oktober bezahlt 44; Geld 44; Brief 44,25; November bezahlt —; Geld 44,25; Brief 44,5; Dezember bezahlt 44,75; Geld 44,5; Brief 44,75; Januar bezahlt —; Geld 44,5; Brief 44,75; Februar bezahlt 45; Geld 44,75; Brief 45; März bezahlt —; Geld 44,75; Brief 45; April bezahlt 45; Geld 44,75; Brief 45; Mai bezahlt 45; Geld 44,75; Brief 45; Juni bezahlt 45; Geld 45; Brief 45,25; Juli bezahlt 45,25; Geld 45; Brief 45,25; August bezahlt 45,25; Geld 45,25; Brief 45,5; Tendenz: behauptet. Zink: September bezahlt —; Geld 55,50; Brief 56,25; Oktober bezahlt 56; Geld 55,75; Brief 56,25; November bezahlt —; Geld 55,75; Brief 56,25; Dezember bezahlt —; Geld 55,75; Brief 56,25; Januar bezahlt —; Geld 55,50; Brief 56; Februar bezahlt —; Geld 55,25; Brief 55,50; März bezahlt 55,25; Geld 55,25; Brief 55,50; April bezahlt —; Geld 55,25; Brief 55,50; Mai bezahlt 55,25; Geld 55,25; Brief 55,25; Juni bezahlt —; Geld 55,25; Brief 55,25; Juli bezahlt —; Geld 55; Brief 55,50; August bezahlt —; Geld 55; Brief 55,25; Tendenz: stetig.

tu **Hamburg,** 16. Sept. **(Tel.)** Silber, Brief 72,25, Geld 76,25; Zink, Brief 56,5, Geld 55,5. Terminnotierungen. Kupfer: September Brief 114, Geld 113,25; Oktober Brief 114,5, Geld 113,75; November Brief 115, Geld 114,5; Dezember Brief 115,5, Geld 114,75; Januar Brief 115,75, Geld 115,25; Februar Brief 116, Geld 115,5; März Brief 116,25, Geld 115,75; April Brief 116,5, Geld 116; Mai Brief 117, Geld 116,25; Juni Brief 117,25, Geld 116,5; Juli Brief 117,25, Geld 116,75; August Brief 116,75, Geld 117. Tendenz: stetig. Zinn: September Brief 583, Geld 575; Oktober Brief 583, Geld 573; November Brief 574, Geld 570; Dezember Brief 572, Geld 568; Januar Brief 570, Geld 565; Februar Brief 567, Geld 561. Tendenz: ruhig.

tu **London,** 16. Sept. **(Tel.)** Schluß. Kupfer Standard per